



Bewertung von Vorschlägen zur Reduzierung der Flächeninanspruchnahme durch die Fachministerkonferenzen

Christoph Rapp, MKULNV

Düsseldorf, 10.09.2010



Ausgangspunkt: nationale Nachhaltigkeitsstrategie
➤ 30 ha/Tag in 2020

**Maßnahmenvorschläge zur Reduzierung
der Flächeninanspruchnahme** (Bericht der
AG Nachhaltigkeit an die CdS - Mai 2009)

Bewertung durch die Fachministerkonferenzen:

- Agrarminister (AMK), Arbeits- und Sozialminister (ASMK),
Bauminister (BMK), Finanzminister (FMK), Wissenschaftsminister
(GWK), Innenminister (IMK), Jugend- und Familienminister
(JFMK), Kultusminister (KMK), Raumordnungsminister (MKRO),
Sportminister (SMK), Umweltminister (UMK), Verkehrsminister
(VMK), Wirtschaftsminister (WMK)



Gliederung

1. Fiskalische und ökonomische Instrumente
2. Planerische Instrumente
 - Konsequente Anwendung der bestehenden rechtlichen Möglichkeiten / Fortsetzung des Diskussionsprozesses
3. Weitere Vorschläge
4. Sonstige Empfehlungen und Anmerkungen der Fachministerkonferenzen



1. Fiskalische und ökonomische Instrumente

- a) handelbare Flächenausweisungsrechte
- b) Baulandausweisungsumlage
- c) Flächenkreislaufgerechte Modifizierung, Verstetigung und stärkere Ausnutzung von Fördermaßnahmen
- d) Überprüfung bestehender Fördermaßnahmen
- e) finanzpolitische Rahmenbedingungen
- f) Sicherung notwendiger verkehrs- und sozialer Infrastrukturen in strukturschwachen Gebieten
- g) Flächenunabhängiger kommunaler Finanzausgleich
- h) Neues kommunales Finanzmanagement / Folgekosten-Abschätzung („Kostenwahrheit“)



1. Fiskalische und ökonomische Instrumente

a) handelbare Flächenausweisungsrechte (1/2)

durchweg kritisch bis ablehnend beurteilt (BMK, MKRO, WMK);
im Konzept geeignet zur Zielerreichung (UMK)

- Rechtsprobleme: (Planungshoheit, Bauleitplanungsrecht / -pflicht)
- Folgewirkungen: (Verschärfung der Stadt-Umland-Problematik)
- Zuteilung von Kontingenten / Mengenbegrenzung
 - Mengenbegrenzungen in Raumordnungsplänen enthalten - einheitliche Standards nicht geboten – politisch umsetzbar? (MKRO)
 - Mengenziele können nicht auf Regional- oder Gemeindeebene „heruntergerechnet“ werden (BMK)
 - umweltökonomisch treffsicher / praktisch durchführbar? (MKRO/WMK)
 - Wissenschaftliche Erkenntnisse zur Operationalisierung (UMK)



1. Fiskalische und ökonomische Instrumente

a) handelbare Flächenausweisungsrechte (2/2)

Koalitionsvertrag auf Bundesebene

→ Modellversuch zu überregionalem Handelssystem

Alternativvorschläge:

- regional / interkommunal / kleinräumig (UMK)
- Vereinbarung eines individuellen Nutzen-Lasten-Ausgleichs zwischen austauschwilligen Kommunen (UMK)
- transparente Ermittlung vorhandener Ausweisungen und Flächenreserven und Möglichkeit des interkommunalen Austauschs (MKRO)

Hinweis: Modellvorhaben bei UBA und BBSR z.Zt. in Vorbereitung



1. Fiskalische und ökonomische Instrumente

b) Baulandausweisungsumlage

(Bemessungsgrundlage: Flächenumfang des Baugebiets /
Rückverteilung → Kommunen ohne Neuausweisungen bevorzugt)

- Kontingentierung als Voraussetzung? (BMK)
Oder ohne Deckelung? (UMK)
- Sozioökonomische, siedlungsstrukturelle und
verfahrensmäßige Auswirkungen? Praktikabel? (MKRO)
- prüfen ggf. erproben (Ausgestaltung, gesetzliche Umsetzung)
optional: Integration in einen modifizierten kommunalen
Finanzausgleich (UMK)



1. Fiskalische und ökonomische Instrumente

c) Flächenkreislaufgerechte Modifizierung, Verstetigung und stärkere Ausnutzung von Fördermaßnahmen

gezielte Impulse / Anreize befürwortet (BMK; MKRO; SMK; UMK; AMK)

BMK: bestehenden Schwerpunkte der Städtebauförderung,
Fortentwicklung Wohnungsbauförderung
keine Kopplung an raumordnerisches Wohlergehen

UMK: finanziell verstärken und langfristiger auslegen

Förderung von Außenentwicklung grundsätzlich vermeiden

spezifische Vorgaben für EU-kofinanzierte Programme prüfen

Abbruchmaßnahmen und Flächenentsiegelungen fördern

Umwandlung von Brach- zu Erholungsflächen einbeziehen

Förderung in ländlichen Räumen oder Schrumpfungsregionen:

- naturnahe Gestaltung (Nutzungsaufgabe/temp. Nutzungsverzicht)
- Aufbereitung für nichtkommerzielle, kulturelle, soziale oder
energiewirtschaftliche Zwischen- oder Nachnutzungen



1. Fiskalische und ökonomische Instrumente

d) Überprüfung bestehender Fördermaßnahmen (stärkere Abstimmung, Fördervoraussetzungen / -inhalte)

Förderprogramme bzw. -praxis im Bereich der SMK werden geprüft
UMK empfiehlt:

- Bewertung der Auswirkungen aller direkt und indirekt wirkenden Finanzierungsinstrumente / Fördermaßnahmen (EFRE, ELER, etc.)
- Nachhaltigkeitsprüfung (siehe unter 3.)
- Fördermaßnahmen an Innenentwicklungspotenzial-Erfassung und Infrastrukturfolgekosten-Ermittlung (durch Kommunen) knüpfen
- Außenentwicklung nur im Einzelfall zu fördern und wenn dafür nachgewiesen wurde, dass eine Umsetzung im Innenbereich städtebaulich nicht zweckmäßig ist



1. Fiskalische und ökonomische Instrumente

e) finanzpolitische Rahmenbedingungen

(1/3)

Grundsätzliche Anmerkungen:

- Änderung wird von BMK und UMK grundsätzlich begrüßt
- Aufwand?
„Bürokratieabbau“ und „Steuerrechtsvereinfachung“?
Markt- und Wettbewerbsverzerrungen? (AMK, FMK, WMK)

BMK: Verfügbarkeit bebaubarer Flächen erhöhen,
Bebauen oder Veräußern unbebauter aber bebaubarer
Flächen muss attraktiver gegenüber dem Halten dieser
Flächen gemacht werden
auch Begünstigung von Erwerbern (Bauvorhaben innerorts)



1. Fiskalische und ökonomische Instrumente

e) finanzpolitische Rahmenbedingungen

(2/3)

Grundsteuer

BMK, UMK, KomSpV → umfassende Reform erforderlich, u.a.:

- bessere Zuordnung der Kosten durch Flächeninanspruchnahme nach dem Verursacherprinzip,
- Orientierung an Bodenwerten

zoniertes Satzungsrecht

➤ Koalitionsvertrag auf Bundesebene

BMK, IMK, UMK → ergebnisoffene Prüfung

(Verfassungsrecht, Wirksamkeit, struktur-, sozial- und familienpolitische Auswirkungen, Erhebungsaufwand, Auswirkungen auf den Finanzausgleich)

FMK: Wettbewerbsverzerrungen



1. Fiskalische und ökonomische Instrumente

e) finanzpolitische Rahmenbedingungen

(3/3)

Einkommenssteuer

- UMK:
- erhöhte Abschreibungsmöglichkeit (bei vermieteten Objekten, bei Investitionen in sanierungsreifen Gebäudebestand)
 - erhöhter Sonderausgabenabzug (bei eigengenutzten Gebäuden)
 - Entfernungspauschale (Pendler-)pauschale begünstigt Abwanderung

Hinweis: Bundesratsinitiative zur entsprechenden Änderung von Grundsteuer und Einkommensteuer von BW geplant

Grunderwerbssteuer

BMK: Verzicht bei Zwischenerwerben durch die Gemeinden
(wenn innerhalb bestimmter Frist zur Bebauung weiterveräußert)

UMK: Erwerb von Bestandsimmobilien benachteiligt

(Bemessungsgrundlage: Kaufpreis)

→ gesetzliche Modifikation prüfen



1. Fiskalische und ökonomische Instrumente

f) Sicherung notwendiger verkehrs- und sozialer Infrastrukturen in strukturschwachen Gebieten

ASMK, JFMK: „eine entscheidende Herausforderung der Zukunft“

SMK: flächendeckende Grundversorgung mit Sportanlagen ist sicherzustellen

BMK: Führt dies tatsächlich zur Flächenverbrauchsreduktion?

Hinweis: • Zielkonflikt zur verkehrs-vermeidenden Siedlungspolitik / Klimaschutz

- Infrastruktur-Sicherung kann kein genereller Grundsatz sein, sondern bedarf einer Einzelfallprüfung und –entscheidung



1. Fiskalische und ökonomische Instrumente

g) Flächenunabhängiger kommunaler Finanzausgleich

FMK, IMK: Umgestaltung verkennt die Grundfunktion des KFA

- aufgabengerechte und angemessene Finanzausstattung der Gemeinden / GV als notwendige Grundlage des kommunalen Selbstverwaltungsrechts
- Berücksichtigung struktureller Unterschiede und daran anknüpfende finanzielle Förderung besonderer Bedarfe
- Ausgleich der Finanzkraftunterschiede zwischen den Kommunen.

Verknüpfung mit politischen Lenkungszielen

→ Beeinträchtigung des kommunalen Selbstverwaltungsrechts

UMK, MKRO: KFA gibt Anreize zur Neuausweisung

→ Weiterentwicklungsmöglichkeiten prüfen



1. Fiskalische und ökonomische Instrumente

h) Neues kommunales Finanzmanagement (Kontenstruktur) / Folgekosten-Abschätzung („Kostenwahrheit“) (1/2)

- IMK: gesonderte Kontenstruktur nicht erforderlich,
→ Produktorientierung, i. V. m. Ertrags- und Aufwandsarten stellt die notwendige Quantifizierung bereits dar
→ Verpflichtung, bei investiven Maßnahmen Folgekosten und wirtschaftlichste Lösung zu ermitteln besteht bereits
- UMK: Kosten-Nutzen-Folgen in kameralistischer Haushaltsführung bisher nicht berücksichtigt
→ geeignete Struktur (z.B. Standarddatenkatalog) entwickeln
- Folgenabschätzung = notwendiger Bestandteil der Abwägung
Kostenrechner als Standardverfahren bei allen größeren Planungsentscheidungen (UMK, MKRO, sinngemäß BMK)
gesetzliche Regelung zur verpflichtenden Folgenabschätzung (UMK)



1. Fiskalische und ökonomische Instrumente

h) Folgekosten-Abschätzung (2/2)

- UMK zu Kostenrechner-Tools (Details siehe LABO-Bericht)
- Informations- und Öffentlichkeitsarbeit zu Kostenwahrheit verstärken
 - EDV-Tools bekanntmachen (u. a. Orientierungshilfen im Internet)
 - unkomplizierter Zugang (Webplattform)
 - Schulungsmaßnahmen - WISSTRANS/ELNAB
 - Praxiserprobungen / Pilotprojekte → mehr Akzeptanz / Validität (RP)
 - ex-post Vollkostenevaluierungen
 - Schnittstellen zum neuen kommunalen Finanzmanagement
- BMK: begrüßt alle Instrumente, die Akteuren die (finanziellen) Folgen ihres Handelns (mit vertretbarem Aufwand) bewusst machen,



2. Planerische Instrumente

- a) **Flächenmanagement auf kommunaler / regionaler Ebene**
(Erkennen, Mobilisieren und Nutzen von Potenzialen)
- b) **Flächennutzungspläne regelmäßig fortschreiben**
- c) **Nutzung aktiver und partizipativer Baulandstrategien, Formulierung von Dichtewerten, Mengenzielen und Methoden der Bedarfsberechnung**
- d) **verbindlicherer Vorrang der Innenentwicklung**
- e) **Anpassung denkmalschutzrechtlicher Vorschriften**
- f) **Standortanalyse, Leitbilder in der Regionalplanung / Vorgabe interkommunaler Kooperationen**
- g) **Erbbaurecht statt Verkauf bei Gewerbeflächen**



2. Planerische Instrumente

- a) **Flächenmanagement auf kommunaler / regionaler Ebene (1/3)**
(Erkennen, Mobilisieren und Nutzen von Potenzialen im Bestand
→ Erhebungs-, Informationssysteme, Organisationsstrukturen)
 - Sinnvoll (AMK; BMK; MKRO, SMK; UMK) – Freiwilligkeit (BMK)
 - flankierende Instrumente und informelle Verfahren (z.B. informative und organisatorische Hilfen, Bereitstellung landeseinheitlich erfasster und laufend aktualisierter Siedlungsflächenpotenziale) werden begrüßt und unterstützt (BMK; MKRO, UMK)
 - Erfahrungen, gute Beispiele in Ländern und Kommunen (z.B. breitere, vereinheitlichte Datenbasis) nutzen und bundesweit verfügbar machen (BMK, UMK)
 - verstärkte Umsetzung der umweltbezogenen Planungsanforderungen (§ 1 Abs. 6 Nr. 7 Buchstabe g BauGB) (UMK)
 - Gesamtkonzept der Siedlungsentwicklung - Aktivierung größerer Flächen (UMK)



2. Planerische Instrumente

a) Flächenmanagement auf kommunaler / regionaler Ebene (2/3)

- **Kataster** über Brachflächen und Baulücken
(erhebliche Potenziale in Menge und Größe – meist stark unterschätzt)
- "Flächenbericht" (analog Umweltbericht) - Bauleitplan-Begründung
(KomSpV, BMK, sinngemäß SMK bezüglich Sportstättenentwicklungsplanung,
UMK mit Ergänzungen:)
 - vorhandenes Instrumentarium zur Erfassung und Darstellung
ausreichend – Defizit in der praktischen Anwendung
 - Informationen zu Eigentümern, Flächengröße, Bodenordnung,
planungs-rechtlichen Situation, Realnutzung, Altlastenverdacht und
Bewertung, Erschließung und ggf. Vorkommen geschützter Arten oder
Biotope etc. mit erfassen
→ Ableitung adäquater Aktivierungsmaßnahmen
(Eigentümersprache, Altlastenerkundung, etc.)
- laufende Aktualisierung (**Monitoring**)



2. Planerische Instrumente

a) Flächenmanagement auf kommunaler / regionaler Ebene (3/3)

UMK – Empfehlungen zur **Potenzialerfassung** (nach Priorität):

- höhere Verbindlichkeit der Potenzialerfassung und -bewertung durch die
Aufnahme einer verbindlichen Vorschrift in das BauGB.
- Empfehlung an die Träger der Bauleitplanung, ein Bauland-/
Brachflächenkataster zu führen und Empfehlung einer konsequenteren
Bedarfsprüfung im FNP- Genehmigungsverfahren
- Koppelung von staatlichen Förderprogrammen an die Erhebung der
Innenentwicklungspotenziale in den Kommunen

UMK – Empfehlungen zur Verbesserung der **Flächennutzungseffizienz** :

- Zwischennutzung von Brachflächen
- stadtklimatischen Aufwertung / Klimaschutz durch geschickte Anordnung
von Grünflächen
- bodenschonende Bauplanung und -ausführung



2. Planerische Instrumente

b) Flächennutzungspläne regelmäßig fortschreiben

(demografische Entwicklung)

BMK: „Selbstverständlichkeit“

→ gesetzliche Verpflichtung (§ 5 Abs. 1 BauGB) wieder aufgehoben.

UMK: Verpflichtung resultiert auch aus § 1 Abs. 3 BauGB

Ergänzende Empfehlung:

- Entwicklung umsetzungsorientierter Konzepte zum Rückbau funktionsloser und abgängiger Bausubstanz (z.B. Rückbaugebote)
- Entwicklung weiterführender Konzepte zur (entschädigungslosen) Rücknahme ungenutzter Baurechte
- Ankaufsrecht der Gemeinden für über mehrere Jahre unbebaute Grundstücke



2. Planerische Instrumente

c) Nutzung aktiver und partizipativer Baulandstrategien, Formulierung von Dichtewerten, Mengenzielen und Methoden der Bedarfsberechnung

(1/2)

Grundsätzliche Stellungnahmen:

ein gezielter Einsatz kann zur Begrenzung beitragen (AMK, UMK)

bewährte Verfahren, die in großer Zahl angewandt werden (BMK)

Dichtewerte und Mengenziele

können die bestehenden Obergrenzen zur baulichen Ausnutzung (BauNVO) heraufgesetzt oder ihre Überschreitung erleichtert werden? (BMK, UMK)

Vorgabe von angemessenen Dichtewerten und Mengenzielen als raum-ordnerische Ziele – erste Ansätze / gute Beispiele in den Ländern (UMK)

Inwieweit sind möglichst flächendeckend kleinräumige Vorgaben durchsetzbar – ggf. einvernehmlich als Zielvereinbarung abgestimmt (UMK)



2. Planerische Instrumente

c) Methoden der Bedarfsberechnung

(2/2)

Begründungspflichten (BauGB) deutlicher formulieren (BMK),
Anforderungen an Erforderlichkeits-/ Bedarfsnachweis schärfen (UMK)
Entwicklung einer Arbeitshilfe (gemeinsam mit KomSpV, Bund) zu
nachvollziehbaren Prognosen zur Ermittlung des Eigenbedarfs;
kein Rechenverfahren, das Planung ersetzt (BMK)
Zuständige FNP-Genehmigungs-Stellen in der Pflicht die
Bedarfsprognosen genauer zu hinterfragen (BMK)
Ansätze zur Bedarfsberechnung in der Anwendung vergleichen und
erproben, auch die ökonomischen Konsequenzen berechnen (UMK)
regionale Bedarfsanalysen (einschl. Flächenpotenziale und
Entwicklungsmöglichkeiten) sowie Verteilung bzw. Nutzung in
interkommunaler Abstimmung (UMK)



2. Planerische Instrumente

d) verbindlicherer Vorrang der Innenentwicklung

Stärkung und stringenterer Umsetzung der vorhandenen Regelungen
zur Förderung der Innenentwicklung (Bodenschutzklausel,
Umweltprüfung, beschleunigte B-pläne der Innenentwicklung)
(BMK, UMK, sinngemäß AMK)
Festlegung des Vorrangs der Innenentwicklung in der
Landesplanung (MKRO, UMK)
Vollzugspraxis bei der Zulassung von privilegierten Vorhaben im
Außenbereich verbessern → Prüfung / Nachweis der
Unabweisbarkeit, belastbare Qualitätskriterien (UMK)

(Zur Kostenwahrheit siehe 1 h)



2. Planerische Instrumente

e) Anpassung denkmalschutzrechtlicher Vorschriften

Instrument kann in Einzelfällen zielführend sein, aber Wirkung gering (AMK)

Städte müssen zwar für Neues offen sein, aber die Zulässigkeit von Veränderungen muss sich nicht ausschließlich am wichtigen Ziel der Begrenzung des Flächenverbrauchs orientieren (BMK)

Die Länderverfassungen räumen der Schaffung von Wohnraum keinen generellen Vorrang vor den Belangen der Denkmalpflege ein
→ Instrument wird abgelehnt (KMK)



2. Planerische Instrumente

f) Standortanalyse, Leitbilder in der Regionalplanung / Vorgabe interkommunaler Kooperationen - BMK (1/3)

Übergemeindliches Bewusstmachen von Flächenpotentialen, Entwicklungsbedürfnissen und Entwicklungsmöglichkeiten ist zu begrüßen.

gemeinsame bzw. gemeinsam in Auftrag gegebene Planungen können sinnvoll sein (aber keine Planung „an Stelle der Gemeinde“)

freiwillige Zusammenarbeit - arbeitsteiliges Vorgehen eher bei kleineren Gemeinden erforderlich

BMK-Empfehlung:

- a) die gemeinsame Flächenentwicklung erleichtern (kosten- und verfahrensrechtliche Probleme) - kommunal- und steuerrechtliche Bestimmungen modifizieren
- b) Anreize für abgestimmte Planungen schaffen (Vergabe von Fördermitteln kann einen gemeindeübergreifenden Ausgleich der Vor- und Nachteile unterschiedlicher Baulandpolitiken bewirken)



2. Planerische Instrumente

f) Standortanalyse, Leitbilder in der Regionalplanung / Vorgabe interkommunaler Kooperationen - MKRO (2/3)

- interkommunale und regionale Kooperation stärken
- Impulse einer intensivierten Kooperation und eines verbesserten Flächenmonitorings für eine haushälterische Flächenpolitik durch Bündelung und Vernetzung in einem regionalen Flächenmanagement verstärken
- Präzisierung flächensparender Vorgaben in den Raumordnungsplänen der Länder und konkretisierenden Regionalplänen (MKRO wirkt darauf hin)
- Wirksamkeit der verbindlichen Vorschriften und Planungsinstrumente durch flankierende Instrumente und informelle Verfahren erhöhen



2. Planerische Instrumente

f) Standortanalyse, Leitbilder in der Regionalplanung / Vorgabe interkommunaler Kooperationen - UMK (3/3)

regelmäßigere Fortschreibungen / Aktualisierungen der
Raumordnungspläne

Durchführung von Nachhaltigkeits- und Demografiechecks (Präzisierung
und verbindliche Vorgabe durch die Landesplanung) (siehe unter 3.)

Übergeordnete Vorgaben (z.B. zu optimalen Flächen für Wohn- und
Gewerbegebiete, Recyclingquote?) durch die Landes- und
Regionalplanung

interkommunale Kooperation durch Anreize unterstützen und - neben
Standortanalyse und Baulandbereitstellung – auch erstrecken auf:

- Bereitstellung und dem Betrieb infrastruktureller Leistungen
- Umsetzung stadtreregionaler Freiraumkonzepte (einschließlich
gemeinsam getragener Pflege- und Unterhaltungsaufwendungen)
- Schaffung regionaler Gewerbe- oder Ausgleichsflächenpools



2. Planerische Instrumente

g) Erbbaurecht statt Verkauf bei Gewerbeflächen

Instrument gänzlich ungeeignet, da keine positiven Auswirkungen zu erwarten (AMK)

Umsetzung kann im Einzelfall planerische Instrumente unterstützen (BMK)



3. weitere Vorschläge

- **Anreize zur Revitalisierung von Brachflächen**
- **Entsiegelung von Böden (vorrangig) und Bewirtschaftungs- und Pflegemaßnahmen als Kompensationsmaßnahmen**
- **begleitende Maßnahmen zur Bewusstseinsbildung, Information und Sensibilisierung**
- **Monitoring → Indikatoren / Statistik**
- **Nachhaltigkeitsprüfungen für Infrastrukturinvestitionen**



3. weitere Vorschläge

Anreize zur Revitalisierung von Brachflächen - UMK (1/3)

- komplexe Herausforderung - Aufwand und Kosten durch fachliche und finanzielle Hilfestellungen bereits im Vorfeld reduzieren (UMK)
- Kommunale Potenzialverzeichnisse: Bezug auf "Altlastenkataster" – ergänzend: Flächenpass (Details siehe LABO-Bericht)
- Potenzialerfassung und -darstellung als Fördervoraussetzung, Standard in der Bauleitplanung – Unterstützung der Kommunen durch die Länder
- viele Instrumente für B-Flächen, Konzepte und Strategien zum Umgang mit C-Flächen entwickeln
- nutzungsunabhängige Aufbereitung von Flächen - Zwischennutzungen (nachwachsende Rohstoffe)



3. weitere Vorschläge

Abbau von Hemmnissen beim Flächenrecycling - UMK (2/3)

- erhebliches Maß an Fachkompetenz und Personal – kenntnisreiche, starke und proaktiv agierende Akteure → Ressourcenausstattung
- personelle Bündelung für Projekt-Initiierung / -Abwicklung („Kümmerer“ - interdisziplinäre Ausbildung als Flächenmanager)
- Verstärkung von Finanzierungsinstrumenten (auch zur Sanierung)/ freiwillige Fonds (→ AAV) (auch KomSpV)
- Förderung von vorbereitenden Altlastenuntersuchungen
- Versicherungen zur Risikoabsicherung (→ Restkontaminationen): Einführung unterstützen, ggf. durch öffentliche Hand oder neue Sicherungsfonds fördern (auch KomSpV)
- Nutzung von Erlösen aus dem Emissionshandel



3. weitere Vorschläge

- UMK (3/3)

Vermeidung künftiger Brachflächen

- frühzeitige Planungen vor Beendigung, Nachsorge auf neue Nutzung ausrichten
- Ökoeffizienz, Sicherheitsleistungen oder Versicherungslösungen zur Erleichterung der Nachnutzung / Sanierung

Optimiertes Projekt- und Prozessmanagement notwendig

- viele Instrumente/Produkte (übertragbar?)
- Kommunikations- und Anwendungsdefizit
- verstärkte Praxiserprobung (Details s. LABO-Bericht)



3. weitere Vorschläge

Entsiegelung von Böden (vorrangig) sowie Bewirtschaftungs- und Pflegemaßnahmen als Kompensationsmaßnahmen

Maßnahmen zur Entsiegelung von Böden und anschließende Herrichtungs- und Entwicklungsmaßnahmen können als angemessene Ausgleichs- oder als Ersatzmaßnahmen in Frage kommen.

→ vor allem in schrumpfenden oder Umbauregionen
(z.B. bei größeren Verkehrsbauten) sinnvoll (UMK)



3. weitere Vorschläge

begleitende Maßnahmen zur Bewusstseinsbildung, Information und Sensibilisierung

(1/2)

zielgruppenspezifische Kommunikation und Bewusstseinsbildung verbessern (UMK - generell auch MKRO, sinngemäß AMK)

Kommunikationsinhalte: positive, emotionale Botschaften, kein isoliertes Umweltproblem, Informations- und Aufklärungsmaßnahmen → Vorschläge

Kommunikationsinstrumente: zielgruppenspezifische (einfache) Sprache und Medien (Journalisten, Werbeagenturen) - **Daueraufgabe**

zahlreiche nützliche Produkte verfügbar, bezogen auf

- planende und bauende Fachöffentlichkeit (z.B. kostenlose Informationen, Best-Practice-Beispiele, Leitfäden, intensiver Erfahrungsaustausch)
- breite Öffentlichkeit (z.B. Motivations- und Informationskampagnen, Medienoffensive, zugkräftige Slogans, Umweltlabel, Partizipation)
- berufliche Aus- und Fortbildung, schulische und universitäre Ausbildung

(Details siehe LABO-Bericht mit Hinweisen zur Anwendbarkeit, zur technischen Optimierung und Empfehlungen zur Praxiserprobungen)



3. weitere Vorschläge

begleitende Maßnahmen

(2/2)

Kommunikationsstruktur:

- Thema muss – auf allen Vollzugsebenen - von der politischen Spitze getragen und unterstützt werden
- aktive **Netzwerke** schaffen
- **zentrale Anlaufstelle** auf Länderebene (z.B. Allianz)
- Transferstellen für interkommunalen Austausch einrichten
- Strukturen und Netzwerke des **regionalen Managements und Marketings** (LEADER, Landesprogramme) verstärkt nutzen

Einrichtung einer **Flächenspar-Agentur** auf Bundesebene (Vorschlag KSV) nach dem Vorbild der Deutschen Energieagentur (DENA) (BMK, UMK)

- Bündelung aller Informationen aus Bund und Ländern, Internet-Portal, Anlauf- und Auskunftsstelle



3. weitere Vorschläge

Monitoring – Erfassung und vergleichende Bilanzierung

→ Indikatoren / Statistik

(1/3)

methodische Probleme / datenstrukturelle Schwächen der statistischen Erfassung des Flächenverbrauchs: (BMK, MKRO, UMK, WMK)

- Ermittlung nach unterschiedlichen methodischen Ansätzen (BMK)
- Effekte ohne tat-sächliche Nutzungsänderung (MKRO)
- Freiflächen, Erholungsflächen, tlw. Ausgleichsflächen einbezogen
≠ versiegelte Flächen (BMK, WMK)

Indikator bewährt (Anwendung auf Bundes- und Landesebene, z.Zt. beste Datenbasis) weiterhin Kernindikator für die Darstellung des Entwicklungstrends (UMK, WMK)



3. weitere Vorschläge

Monitoring → Indikatoren / Statistik

(2/3)

qualitative Differenzierung und nachvollziehbare Aufbereitung /
Transparenz (BMK, MKRO, UMK)

- Betrachtung / Bewertung von „Gebäude- und Freiflächen“,
„Siedlungsdichte“ (MKRO, UMK, WMK)
- „Verkehrsflächen“ und „Erholungsflächen“ (MKRO)
- Zusatzinformation: Indikator „Versiegelung“ (LABO 2007) (MKRO, UMK)
- Wirksamkeit von Reduzierungs-Maßnahmen (Flächenrecycling,
Nachverdichtung) zum Ausdruck bringen (MKRO, UMK, WMK)
- Definition, Weiterentwicklung, konkrete Ausgestaltung durch BMVBS
(koord.), Institutionen und Gremien (ADV, AK UGRdL, BBSR, LIKI)
in Abstimmung mit den Ländern (UMK, WMK)



3. weitere Vorschläge

Monitoring → Indikatoren / Statistik

(3/3)

- Messkonzept an tatsächlicher Umwidmung, Versiegelung oder Zerschneidung von Lebensräumen orientieren (MKRO)
- ergänzende Ansätze zum Flächenmonitoring (→ Fernerkundung) evaluieren (bundesweit vergleichbare Datenbasis) (MKRO)
- Bei Ziel- Kontrolle auf „Erholungsfläche“ verzichten, da Zuwachs erwünscht (z.B. Klimaschutz) → Anstieg des Flächenverbrauchs vor allem durch Erholungsflächen (vielfach mit Freiraumqualität) (MKRO, WMK)
- Nachhaltigkeits-Ziel ist allgemein gültige Handlungsgrundlage (BMK, UMK)



3. weitere Vorschläge

Nachhaltigkeitsprüfungen für Infrastrukturinvestitionen

Investitionen regionalen Nachfrage- und Auslastungsverhältnissen anpassen, Trägerverpflichtung zur Bedarfsuntersuchung (BMK, MKRO) aber:

- angemessene vorausschauende Daseinsvorsorge
- nicht von langfristigen Entwicklungsperspektiven abschneiden (MKRO)

UMK-Empfehlungen:

- Insbesondere die finanzwirtschaftlichen Demografiefestigkeit staatlich geförderter (technischer und sozialer) Infrastrukturinvestitionen prüfen
- Prüfung insbesondere auch im Zusammenhang mit der Bedarfsfeststellung und der SUP/UVP von Infrastrukturinvestitionen
- Kostenrechner als Element von Nachhaltigkeitsprüfungen einzusetzen
- Standards (Kostenermittlung, Prognose- und Bewertungsmethoden) gemeinsam mit den Kommunen entwickeln,
- Fördermaßnahmen an Potenzialerschließung/Folgekostenermittlung knüpfen



4. Vorschläge / Ergänzungen der Fachministerkonferenzen

- stärkere **Berücksichtigung von Flächenqualitäten** (UMK)
 - Bodenfunktionsbewertungen in allen räumlichen Planungsprozessen
 - Kompatibilität zur naturschutzfachlicher Biotopbewertung verbessern

- bei der Inanspruchnahme von Land in großem Umfang zur Verbesserung der Infrastruktur und der Umwelt führt keines der vorgeschlagenen Instrumente zum Erfolg (AMK)
 - **Instrumente der Integrierten Ländlichen Entwicklung** (Integrierte Ländliche Entwicklungskonzepte, Regionalmanagement, Dorfentwicklung, Flurbereinigung - Details siehe Bericht der Arge Landentwicklung) ergänzend einbeziehen

- bedarfsentsprechende planerische Bereitstellung benötigter Erweiterungs- flächen darf auf regionaler und örtlicher Ebene nicht durch Zielvorgabe unterbunden werden
 - wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit muss ein Kriterium der flexiblen und nachfragegerechten Flächenentwicklung sein (WMK)



4. Vorschläge / Ergänzungen der Fachministerkonferenzen

- GWK: Forschung für nachhaltige Entwicklung in Bund und den Ländern

- VMK unterstützt alle Entwicklungen, die eine geordnete Erschließung erleichtern und dadurch den durch den Verkehr ausgelösten Flächenverbrauch vermindern
 - Instrumente müssen anwenderfreundlich sein, Doppelprüfungen (UVP-Konkurrenz) vermeiden

- bei der methodischen Weiterentwicklung des Instrumentariums den bürokratischen Aufwand, die verfügbaren Instrumente und die Frage der politischen Umsetzbarkeit berücksichtigen (WMK)

- Stabilität der öffentlichen Finanzen / Konsolidierung der öffentlichen Haushalte als notwendiger Bestandteil nachhaltigen Handelns nicht behandelt (FMK, IMK)
 - Umsetzung konsensfähiger Instrumente – keine zusätzliche Belastung der Länder- oder Kommunalhaushalte



Wie geht es weiter?

- 6. Oktober 2010: Sitzung der AG Nachhaltigkeit
- 18. November 2010: CdS-Konferenz

Umsetzungsschritte der Allianz / des Landes:

- Zertifizierungssystem für nachhaltige Kommunen
- Weiterbildungsangebot zum „Flächenmanager“
- Absicherung finanzieller Risiken beim Flächenrecycling
- Internetplattform zu Kostenrechnern
-



LABO- / UMK - Bericht unter www.labo-deutschland.de



**Danke für Ihre
Aufmerksamkeit**

Filmausschnitt „The 11th hour“